

eingehen; 2) für alle amtliche sowohl als Privatbriefe, welche von den Abgeordneten abgesandt werden und an dieselben eingehen, bis zum Gewichte von 2 Loth inclusive. — Auf den Briefen an die Präsidenten und Abgeordneten muß die Eigenschaft der Adressaten ausgedrückt seyn. Die von denselben abgesandten Briefe werden mit dem Namen des Absenders bezeichnet. Diejenigen Briefe, welchen diese Bezeichnungen fehlen, haben auf Portofreiheit keinen Anspruch. — Berlin, 28. Febr. 1849. — Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. von der Heydt.

Deutschland.

Berlin, 3. März. 4. Sitzung d. II. Kammer. Auch in der heutigen Sitzung beschäftigte sich die Kammer, mit den Berichten der Abtheilungen über die Wahlprüfungen. Graf Gieselsowski überreicht einen Protest sämtlicher polnischer Wahlmänner gegen die Demarcations-Linie und in specie gegen das stattgehabte Zerreißen der überwiegend polnischen Wahlbezirke. — v. Vincke will, daß der Protest einfach zu den Acten genommen werde, da bis jetzt noch keine Petitions-Commission existire. — Minister v. Manteuffel wiederholt den Protest, den er schon früher eingelegt, gegen jeden Angriff auf das Ministerium, bevor die Kammer constituirte sey; er werde deshalb auch auf die Angriffe, die in dem verlesenen Proteste enthalten, für jetzt nicht eingehen. (O! oh! von der Linken.) Nachdem noch Sinnsdorf gewarnt, den alten Hader heraufzubeschwören, und von Lisinski versichert hat, daß man dies nicht beabsichtige, bemerkt v. Berg, wenn das Ministerium jetzt noch nicht in der Lage sey, sich verantworten zu können oder zu wollen, so müsse es eben die Angriffe ruhig hinnehmen, sollte der Protest des Herrn Ministers des Innern aber Anderes bezwecken, so müsse er das Haus gegen jenen Protest verwahren. Bei den Wahlberichten kommen verschiedene Monita, die jedoch schon von den Abtheilungen für unerheblich erachtet werden, zur Sprache. Eben so wenig konnte die über den Ausdruck des Wahlreglements „selbstgeschriebene Stimmzettel“ sich erhebende Debatte einen eigentlichen Kampf hervorrufen, da die daran sich theilnehmenden Redner beider Parteien darin übereinstimmten, daß wer nicht selbst schreiben könne, sich den Stimmzettel vom Wahlprotokollführer schreiben lassen dürfe. Nur über die Wahl des Ritterschafsraths v. Winterfeld, welche die Abtheilung für nicht gültig erachtet, weil zwei Wahlmänner widerrechtlich von der Wahl ausgeschlossen gewesen waren und drei Unberechtigte möglicher Weise daran konnten Theil genommen haben, und Herr v. Winterfeld nur eine sehr geringe Majorität gehabt hatte, kommt es zur Debatte. Bei der Abstimmung stimmten 175 für die Gültigkeit, 125 gegen dieselbe, unter ihnen Graf Schwerin und v. Vincke. Von der Demokratie auf den Tribünen wurde mit großem Mißfallen bemerkt, daß Herr Grabow mit der Majorität der Rechten stimmte.

Berlin, 3. März. Die Fraktions-Versammlungen beschäftigen sich jetzt lebhaft mit der auf die Thronrede zu erlassenden Adresse. Für die erste Kammer ist ein Entwurf bereits verfaßt und in der betreffenden Abtheilung berathen. Der Entwurf soll durchweg verständlich gehalten seyn und in der deutschen Frage neben den Wünschen für die Bildung eines einheitlichen Bundesstaates den speziellen Rücksichten für die Selbstständigkeit des preussischen Vaterlandes gebührende Rechnung tragen. Auch die Linke der zweiten Kammer will, zum Theil in Beachtung des constitutionellen Brauches (so namentlich die Fraktion Rodbertus-Kirchmann), zum Theil in Voraussicht des Beschlusses der Majorität, sich der Berathung einer Adresse unterziehen.

— Wir erfahren, daß bereits beabsichtigt werde, mit den Sitzplätzen der zweiten Kammer dergestalt eine Abänderung vorzunehmen, daß sich auch äußerlich ein Centrum bilden könne. Gleichzeitig wird aber mit der Ueberschrift: „Die deutsche Frage und die preussischen Kammern und dem Motto: „Wer Großes will, muß sich zusammenraffen!“ — eine fulminante Flugschrift von dem Regierungsrath v. Merkel, Abgeordneten für Riegnitz, einem Sohn des ehemaligen Oberpräsidenten, an die Deputirten vertheilt, worin es heißt: „In diesen Kammern kann es nur eine Linke und eine Rechte geben, kein Centrum, geschweige Centra!“ Herr v. Merkel gehört der Rechten an und erwartet die Rettung des Vaterlandes einzig von den konservativen Majoritäten der Kammern, welche er mit stürmischer Beredsamkeit zur Eintracht, stählernen Entschlossenheit und Treue aufruft.

Berlin, 2. März. Außerordentliches Aufsehen macht die in gestriger Sitzung der ersten Kammer vom Bankdirector Hansemann mit großer Emphase gegen das Ministerium gerichtete (übrigens begründete) Anklage, daß es die Kammer vernachlässige. Es wurden an diese unerwartete Opposition des „pissigen“ Ministers mancherlei Konjekturen geknüpft.

— Die demokratische Bevölkerung bereitet sich vor, den 18. März mit einem feierlichen Akt zu begehen. Worin derselbe bestehen soll, ist noch nicht ganz festgestellt. Wahrscheinlich aber wird man im festlichen Zuge nach dem Friedrichshain wallfahren und zugleich an diesem Tage den Märzhelden ein Monument setzen, oder wenigstens den Grund dazu legen. Zur Kostenbestreitung soll schon in den nächsten

Tagen in einer hiesigen demokratisch-constitutionellen Zeitung ein Auf-ruf ergehen.

* **Frankfurt, 2. März.** In der heutigen Sitzung der National-Versammlung erhielten die letzten Paragraphen des Reichswahl-Gesetzes nachstehende Fassung:

§. 15. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 16. Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt.

§. 17. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirectoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt werden wird, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

Hierauf geht man zur Reichsmatrikel über. Die Fassung des Verfassungsaus-schusses wird genehmigt. Dieselbe lautet:

Anlage A.: Reichsmatrikel. Zum Zweck der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus werden zusammengelegt: Liechtenstein mit Oesterreich; Hessen-Homburg mit Großherzogthum Hessen; Meisenheim mit Rheinbaiern; Schaumburg-Lippe mit Hessen-Cassel; Hohenzollern-Hechingen mit Hohenzollern-Sigmaringen; Pyrmont mit Preußen; Birkenfeld mit Rheinpreußen; Neuß ältere Linie mit Neuß jüngere Linie; Anhalt-Cöthen mit Anhalt-Bernburg; Lauenburg mit Schleswig-Holstein; Lübeck mit Mecklenburg-Schwerin.

Nun folgt das „Reichsgesetz über die Tagelöhner der Abgeordneten zum Reichstag.“ Dasselbe erhielt folgende Form:

Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Tagelohn von 7 Gulden rheinisch und eine Reisekosten-Entschädigung von 1 Gulden für die Meile sowohl der Hin- als der Rückreise; auch genießen dieselben Portofreiheit für alle ihre Zusendungen und Correspondenzen.

Man geht zur Abstimmung über das ganze jetzt durchdebattirte Gesetz über, und es wird bei namentlicher Abstimmung mit 256 Stimmen gegen 194 St. angenommen. —

Koblenz, 3. März. Seit einigen Tagen geht es in den Büreaux der Intendantur des 8. Armeecorps dahier sehr lebhaft zu, so wie sich gleichzeitig in den Depots und Montirungskammern genannten Armeecorps eine außerordentliche Thätigkeit kund gibt. Dabei erfährt man, daß die Ursache dieser Thätigkeit ein vor wenigen Tagen von Berlin eingetroffener Befehl sei, Alles in einen solchen Zustand zu setzen, damit das Armeecorps ohne Zeitverlust mobil gemacht werden könnte. Von einer eigentlichen Mobilmachung ist daher noch keine Rede, trotzdem daß das Gerücht schon die Kriegesreserven und Landwehr ihre Einberufungsordre erhalten läßt. Rh.-u. M.-Z.

* **Wien, 2. März.** In der Reichstags-Sitzung zu Kremsier vom 27. Febr. wurde §. 14 der Grundrechte in folgender Fassung mit großer Majorität angenommen: „Keine Religionsgesellschaft (Kirche) genießt vor andern Vorrechte durch den Staat. Niemand kann zu religiösen Verpflichtungen eines Cultus, zu welchem er sich nicht bekennt, vom Staate gezwungen werden. Eben so wenig darf zur Einhaltung von Verpflichtungen, die Jemand durch geistliche Weihen oder Ordensgelübde übernommen hat, ein Zwang angewendet werden.“

— Die gesammten Bischöfe Ungarns haben der „Ostdeutschen Post“ zufolge einen Hirtenbrief an sämtliche Seelsorger der katholischen Kirche Ungarns und an alle Gläubigen jedes Standes erlassen, in welchem sie zum Frieden, zur Versöhnung und Unterwerfung unter die rechtmäßige Gewalt Sr. Majestät des Königs Franz Joseph I., mit Hinweisung auf den historischen Ursprung und die Entwicklung dieser Gewalt, ermahnen und vorordnen, daß in der heiligen Messe dort, wo der Name des Königs vorkommt, der Name Sr. Maj. Franz Joseph I. eingeschaltet, daß an allen Sonn- und Feiertagen in der Reihe der Collecten das öffentliche Gebet für Sr. Maj. Franz Joseph I. verrichtet, zugleich aber auch die bisher verrichteten Gebete um den Frieden fortgesetzt werden sollen. —

Italien.

In einem Briefe aus Rom liest man: „Es gibt keinen Papst, also auch kein Rom mehr! Gleichwohl nimmt der Carneval seinen Fortgang. Nur wirft man nicht mehr mit Confetti und kaum noch mit Blumen, sondern mit Orangen und Citronen, die man den Leuten geradezu ins Gesicht schleudert.“ Alle hübschen Damengesichter tragen rothe Mägen. — Wir sind der festen Ueberzeugung, daß man das, was einmal gethan ist, nicht mehr zurücknehmen kann. Einige Tausend Narren, um nicht noch etwas Schlimmeres zu sagen, insultiren den Gegenstand der Verehrung und der Anbetung von 300 Millionen Katholiken und alle Mächte scheinen den Todesschlaf zu schlafen. Man sieht hier nichts mehr als Offiziere: alle haben zwei, manche sogar drei Gpauletten. Rom gleicht einer Garnisonsstadt. Jeden Augenblick kommen Notifikationen, alle nach dem Muster von 1793. Bereits fordert man 8 pCt. für eingelagerte Bankbills. Die Bürgerwehr rührt sich nicht: somit haben die Anzettler freies Feld.“

— Aus den römischen Blättern selbst ergibt sich, daß man in Rom seiner Sachen doch nicht so ganz sicher mehr zu sein scheint. Der „Monitore Romano“ sucht das Volk zu beruhigen, und das ist kein gutes Zeichen. — Der „Tribuno“ gibt ein klägliches Bild der sogenannten römischen Armee, der es so sehr an Allem fehle, daß es ein